

3. Biografische Kontinuitäten und Brüche

Revolutionäre, Reformisten und die Sozialisationen des Kaiserreichs

Max Bloch

„Arbeitverräter“, „Sozialchauvinisten“, „Lakaien der Bourgeoisie“
Der sozialdemokratische Reformismus in Kaiserreich und Weimarer
Republik als Desiderat einer postideologischen Forschung

„Kein Mensch kann der Sozialdemokratie vorwerfen, dass sie untätig die Arme kreuzt. Sie rudert nach Leibeskräften. Aber die Frage ist: Steuert sie auch, und wohin steuert sie?“¹ So fragte Eduard Bernstein nach dem Nürnberger Parteitag von 1908. Während dem Parteizentrum vorgeworfen wurde, zu eigener Initiative kaum mehr in der Lage zu sein, waren es zwei Gruppen innerhalb der Partei, die ihr Richtung zu geben versuchten: zum einen die radikale (oder revolutionäre) Gruppe, die Bernstein die „absolutistische“ nannte, und jene, die dafür eintrat, was er postulierte – für eine „systematische und konsequente sozialdemokratische Reformpolitik“.² Diese Gruppe, dieses Netzwerk pragmatischer Sozialdemokraten war im zeitgenössischen Diskurs fest verankert – und zwar in vielfachen Variationen: „Die Vollmar, Heine, Südekum, H[einrich] Braun, Gradnauer, Auer, das sind die eigentlich gefährlichen“, schrieb August Bebel im August 1903 an Kautsky.³ „Heine, Südekum, Landsberg, David“ – das waren für Grigori Sinowjew die Übeltäter;⁴ „Heine, Quar[c]k und Südekum“ hätten „im Kampf gegen den Marxismus Karriere gemacht“,⁵ und bereits 1910 wäre nicht Bebel, sondern wären die „Legien, Südekum und David“ die eigentlichen Führer der SPD gewesen,⁶ bevor sich an jenem 4. August 1914 ein Südekum als „stärker erwies als hundert Haases und Kautskys“.⁷ Diese Namen ließen sich im Grunde nach Belieben kombinieren, und das Personal jenes Netzwerks, dem von kommunistischer Seite ein solch überbordender (und ver-

1 Eduard Bernstein: Zum Reformismus, in: Sozialistische Monatshefte 14 (1908), S. 1398.

2 Ebd., S. 1404.

3 August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hg. von Karl Kautsky jr., Assen 1971, S. 156 f.

4 Georg Sinowjew: Der Krieg und die Krise des Sozialismus, Berlin 1924, S. 485.

5 Ebd., S. 97.

6 Ebd., S. 322.

7 Wladimir Iljitsch Lenin: Über den Reformismus, Berlin 1930, S. 53.

hängsvoller) Einfluss auf die Entwicklung der SPD im Vorfeld und nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs attestiert wurde, wäre damit bereits vollständig versammelt.

Der Typus Südekum: ein Gattungsbegriff?

Die Frage nach einer Gruppenbiografie des sozialdemokratischen Reformismus wurde im Kriegsjahr 1915 von keinem Geringeren als Wladimir Iljitsch Lenin gestellt. Nur um sie sogleich wieder zu verwerfen: Der Reformismus oder – um im Ton zu bleiben – der „Opportunismus“ sei ein historisches Phänomen, seine Vertreter nur dessen Symptome und die persönliche „Biographie dieser oder jener Autoritäten“ eben deshalb für die sozialistische Bewegung vollkommen uninteressant.⁸ Dass die individuelle Biografie waschechten Marxisten nichts oder wenig bedeutet, versteht sich von selbst. Die sozialdemokratischen Reformisten waren eben nicht als Politiker, die aus bestimmten Motiven zu bestimmten Positionen gelangt waren, relevant, sondern höchstens noch als Feindbilder. Bereitwillig vergebene Etiketten wie „Arbeiterverräter“, „Sozialchauvinisten“, „Lakaien der Bourgeoisie“ legen dies nahe.

Vor allem Albert Südekum, eine der markantesten Persönlichkeiten der Fraktionsrechten vor 1914 und während des Kriegs ein wirkmächtiger Propagandist der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik, diente der radikalen Linken – weit über seinen Tod hinaus – als Gottseibeius, als Inkarnation dessen, was in der marxistischen Diktion erst „Opportunismus“, später dann „Sozialchauvinismus“ geheißen wurde: „Von Wilhelm Liebknecht zu Albert Südekum“ – so beschrieb Sinowjew die seiner Ansicht nach verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1870 und 1914, und so betitelte er das entsprechende Kapitel seiner Schriften;⁹ Lenins Kampf galt den „Südekums“ aller Länder, vor allem aber den russischen, den Menschewiki, die sich um seinen alten Lehrer Georgi Plechanow scharten;¹⁰ noch 1930 wurde Südekum in offiziellen Publikationen der KPD als einer der „niederträchtigsten unter den deutschen Sozialimperialisten“ der wissbegierigen Leserschaft vorgestellt,¹¹ und in der DDR schmückte die *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* das Bild des verachtenswerten „Arbeiterverrätters“ in immer neuen Miszellen aus.¹² Historiker, die im Verdacht standen, den „Verrat der rechten SPD-Führer“, vor allem Südekums, zu relativieren, hatten mit Parteistrafen zu rechnen, wie es Jürgen Kuczynski 1958 geschah.¹³ „Süde-

8 Ebd., S. 46 f.

9 Sinowjew, S. 92.

10 Wladimir Iljitsch Lenin: Werke, Bd. 21, (Ost-)Berlin, 1974, S. 106–112.

11 Lenin: Reformismus, S. 114.

12 Vgl. Dieter Fricke/Hans Radandt: Neue Dokumente zur Rolle Albert Südekums, in: ZfG 4 (1956), S. 761–768; Hans Radandt/Dieter Baudis: Dokumente zur Rolle Albert Südekums, in: ebd. 8 (1960), S. 376–379; Hans Wohlgemuth: Weitere Dokumente zur Rolle Albert Südekums im Ersten Weltkrieg, in: ebd. 17 (1969), S. 748–759.

13 Zum „Fall Kuczynski“ vgl. Martin Sabrow: Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR, München 2001, S. 342–363. Dass Kuczynskis Vater eng mit Südekum befreundet gewesen und Jürgen Kuczynski mit den Südekum-Kindern aufgewachsen ist, sei hier nur am Rande bemerkt; vgl. Jürgen Kuczynski: Memoiren. Die Erziehung des J. K. zum Kommunisten und Wissenschaftler, (Ost-)Berlin/Weimar 1975, S. 32.

kum“ – das bedeutete Arbeiterverrat und Klassenkompromiss; das Wort bezeichnete, wie Lenin formulierte, den „Typus des selbstzufriedenen, gewissenlosen Opportunisten und Sozialchauvinisten“,¹⁴ und mit ihm war ein Gattungsbegriff für den verhassten Reformismus gefunden.

Genau hier aber ist die biografische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung gefragt. Denn mit einer ideologisch fixierten Begriffszuweisung (wie der des „Arbeiterverrats“) lässt sich, wie Ulla Plener in einem biografischen Aufsatz über Theodor Leipart festhält, das politische Wollen und Wirken jener Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die die Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg mittrugen, ja in großem Maße mitgestalteten, nicht adäquat erfassen.¹⁵ Plakativ formuliert, gilt es also aus „Arbeiterverrättern“ wieder Menschen, Politiker zu machen, deren Fehler zu diskutieren, deren Leistungen zu würdigen und die insgesamt ernstzunehmen sind. Was also war das reformistische Netzwerk in der SPD, wie funktionierte es, wie setzte es sich zusammen, und was waren seine Ziele?

Das reformistische Netzwerk in der SPD: Formierung und Einfluss (1914–1918/19)

Wenn wir die eingangs erwähnten Personen betrachten, denen in der bolschewistischen Propaganda ein solch exponierter Stellenwert zukam, so waren sie *cum grano salis* sämtlich Vertreter der „Generation Ebert“, also jener Alterskohorte, die – nach Bernd Braun – die Jahrgänge von 1861 bis 1884 umfasst, die seit der Jahrhundertwende die Politik der SPD in immer stärkerem Maße prägte und die nach 1918/19 die „Bürde der ungeteilten Verantwortung“ auf sich nahm, also in vielfach entscheidende Positionen im Reich und in den Ländern einrückte.¹⁶ Und ihre Mitglieder waren – auch hier wird die Regel durch Ausnahmen bestätigt¹⁷ – sämtlich aus bürgerlichem Hause in jungen Jahren zur Sozialdemokratie gestoßen: Wolfgang Heine bereits 1887 als Student der Rechtswissenschaften, die anderen Genannten nach dem Fall des Sozialistengesetzes – als Studenten, Einjährig-Freiwillige, Rechtsreferendare oder, wie im Falle Eduard Davids, als Lehrer. Sie waren also, um erneut Sinowjew zu zitieren, „Bourgeois im Sozialistenmantel“,¹⁸ „Sozialdemokraten mit Glacéhandschuhen und Bügelfalte“.¹⁹ Diese bürgerlichen Sozialdemokraten gäben an sich ein spannendes Forschungsfeld ab. Umso erstaunlicher ist es, dass es, von Kai Gniffkes exzel-

14 Lenin: Werke, Bd. 13, S. 106.

15 Ulla Plener: Über eine freigewerkschaftliche Position im Ersten Weltkrieg – für den Schutz sozialer Interessen der Arbeiterschaft, in: Simone Barck/Ulla Plener (Hg.): Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer, Berlin 2009, S. 66.

16 Vgl. Bernd Braun: Die „Generation Ebert“, in: Klaus Schönhoven/Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung München 2005, S. 69–86.

17 Hier seien stellvertretend Gustav Noske, Carl Severing oder die Gewerkschafter Carl Legien und Otto Hue genannt.

18 Sinowjew: S. 97.

19 Alfred Grotjahn: Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes, Berlin 1932, S. 148.

lenter Biografie über Max Quarck²⁰ und einer 2009 erschienenen über Albert Südekum²¹ abgesehen, bislang noch keinerlei umfassende biografische Arbeiten über sie gibt. Wenn im Folgenden aber das reformistische Netzwerk in der SPD auf politische Anliegen und Kommunikationsstrukturen geprüft werden soll, so muss das unter besonderer Berücksichtigung jener „Ursprungsbourgeois“ (Robert Michels) geschehen, die stärker in den Fokus der biografischen Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung gerückt zu werden verdienen.

Wolfgang Heine, Max Quarck, Otto Landsberg, Eduard David, Albert Südekum und Georg Gradnauer (man könnte auch noch Ludwig Frank, Paul Göhre, Gustav Noske, Carl Severing und viele andere hinzunehmen)²² wurden sämtlich zwischen 1898 und 1912 in den Reichstag gewählt, wobei ihr bürgerliches Herkommen und ihre „freie“ – d. h. nicht durch eigenes Klasseninteresse diktierte – Entscheidung für die Sozialdemokratie sozusagen den gemeinsamen Erfahrungshintergrund jener sich formierenden Gruppe, jenes Netzwerks bildeten. Wenn sie sich nicht vorher schon aus den Redaktionsstuben kannten, lernten sie sich hier kennen und vertieften ihre Bekanntschaften durch die sogenannten „Sonderkonferenzen“, die man sich als eine Art politischen Stammtisch vorzustellen hat.²³ Es gab die Zusammenkünfte im Café Josty und im Café des Westens; Albert Südekum und Wolfgang Heine veranstalteten ebenso wie die großen Autoritäten der reformistischen Gruppe, Leo Arons und Georg von Vollmar, regelmäßig ihre Bierabende, bei welchen, wie August Bebel an Karl Liebknecht schrieb, „der ganze revisionistische Klüngel sich zusammenfindet“²⁴ und wo auch lagerübergreifende Kontakte geknüpft wurden. Dieses Netzwerk war im Grunde kein binnensozialdemokratisches, sondern ein offenes, das das Gespräch, auch den Streit, die Diskussion mit Vertretern ganz unterschiedlicher politischer Richtung suchte und fand: „Man muss sich“, schreibt Alfred Grotjahn etwa über den Südekum'schen Salon in Zehlendorf, „die vollständige gesellschaftliche Isolierung, die selbst in Berlin den Sozialdemokraten gegenüber herrschte, vergegenwärtigen, um die Verdienste der Geselligkeit des Südekum'schen Hauses geradezu als eine Sache von geschichtlicher Bedeutung würdigen zu können. Sie brachte (...) eigentlich zum ersten Male führende Sozialdemokraten zwanglos und vertraulich mit einflussreichen Personen aus anderen politischen Lagern zusammen. (...) Schon vor dem Kriege gingen hier Professoren, Oberbürgermeister und sogar leitende preußische Ministerialbeamte aus und ein.“²⁵

20 Vgl. Kai Gniffke: Genosse Dr. Quarck. Max Quarck – Publizist, Politiker und Patriot im Kaiserreich, Frankfurt am Main 1999.

21 Vgl. Max Bloch: Albert Südekum (1871–1944). Ein deutscher Sozialdemokrat zwischen Kaiserreich und Diktatur. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2009.

22 Eine Bezeichnung dieses Netzwerks als „David-Kreis“ muss schon aus dem einfachen Grunde unscharf sein, als Eduard David sicherlich einer der aktivsten und umtriebigen Reformisten vor und nach 1914 gewesen ist, aber niemals das Zentrum jener sehr bunten und polymorphen Gruppe; vgl. Karl Ludwig Rintelen: Der David-Kreis und die Linke Minderheit. Anmerkungen zum Problem des „Handlungsspielraums“ der Mehrheitssozialdemokratischen Führung bis 1918/19, in: IWK 26 (1990), S. 14–34.

23 Vgl. Ursula Reuter: Paul Singer (1849–1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004, S. 349 f.

24 „Vor allen Dingen finanziell von der Partei unabhängig sein“. August Bebel an Karl Liebknecht 1908, in: UTOPIE kreativ 196 (2007), S. 102.

25 Grotjahn, S. 148.

Durch ihre Zwitterstellung als bürgerliche Sozialdemokraten war es jenen Reformaktivisten möglich, von den Vertretern der anderen Parteien, auch des Staates als Ihresgleichen, als Gesprächs- und Verhandlungspartner akzeptiert zu werden, Vertrauen zu schaffen und so den Integrationsprozess der SPD maßgeblich zu forcieren: Während sie von der radikalen Gruppe als „Opportunisten“ abqualifiziert wurden, wurden sie von einflussreichen Liberalen als die „Realpolitiker“ in der Fraktion bzw. von Seiten der staatlichen Repräsentanten als die „verständigen“ Sozialdemokraten, also Leute, mit denen man reden kann, apostrophiert. Damit leisteten sie einen entscheidenden Beitrag zu jenem „Angleichungsprozess an den Staat“,²⁶ der von Bernhard Neff als ein „Siegeszug der Praktizisten“ gedeutet wurde.²⁷ Wenn im Frühjahr 1914 etwa in keineswegs „linken“ Presseorganen zu lesen stand, dass es „besser um die Monarchie, um das Volk und um das Reich“ stünde, wenn endlich „Männer wie Dr. Südekum, Georg von Vollmar und ähnliche zur Mitwirkung an der Regierung hinzugezogen“ würden,²⁸ dann deutete sich hierin, gemessen etwa an den noch 1907 gegen die SPD in Stellung gebrachten üblichen Verdächtigungen („Reichsfeinde“, „vaterlandslose Gesellen“ etc.), tatsächlich ein Mentalitätswandel an, der ohne die Tätigkeit des reformistischen Netzwerks schlichtweg nicht verständlich wäre.

Die sozialdemokratischen Reformisten arbeiteten systematisch auf ein breites „fortschrittliches“ Bündnis hin, auf einen „Block von Bassermann bis Bebel“, der seit 1905 in Baden vorexerziert wurde und der, nach dem sozialliberalen Stichwahlabkommen von 1912, bei der Abstimmung über den Wehrbeitrag 1913 auch auf Reichsebene sichtbar zutage trat.²⁹ Die Vorstellung, die SPD könne jemals auf demokratischem Wege die alleinige Macht erringen, taten sie als Schimäre ab. Die Bündnisfähigkeit der SPD, ihre volksparteiliche Öffnung sahen sie daher als Grundvoraussetzung eines zunehmenden Einflussgewinns der SPD mit dem Ziel des Regierungsbeitritts an („Millerandisten“ war deshalb ein Etikett, das ihnen gerne angehängt wurde).³⁰ Ihrer Partei machten sie den Vorwurf, dass sie die ihr bereits zu Gebote stehenden politischen Möglichkeiten aus – historisch verständlichen, aber politisch inkommensurablen – Gefühlsmomenten ungenutzt lassen würde: Hofgang, Kaiserhoch, Budgetbewilligungen – das waren ihnen nur Äußerlichkeiten, die in keinem Verhältnis zu dem Schaden standen, den ihre Verweigerung bedeutete.

Mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 verhielt es sich etwas anders: Diese sahen sie mitnichten als Äußerlichkeit, sondern – und hier konnten sie sich mit einigem Recht auf August Bebel berufen³¹ – als Selbstverständlichkeit an. Und während

26 Gustav Noske: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S. 38.

27 Bernhard Neff: „Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe ...“ Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köln 2004, S. 168.

28 Der Deutsche Kulturträger 2 (1914), S. 224.

29 Vgl. Bloch: Südekum, S. 122–126.

30 Der französische Sozialist Alexandre Millerand war 1899 in das Kabinett Waldeck-Rousseau eingetreten und galt seither als prototypischer „Regierungssozialist“. 1904 wurde er aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen.

31 Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 189, Sitzung vom 7. März 1904, S. 1588; Albert Südekum: Der Schutz der Deutschen im Ausland, in: Sozialistische Monatshefte 18 (1912), S. 1137.

Fraktion und Partei auf den Kriegsausbruch mit einer gewissen Konfusion reagierten, waren die Reformisten von dem Zeitpunkt an, als klar war, dass keine noch so machtvolle sozialdemokratische Friedensdemonstration das Unheil werde abwenden können, bereit und entschlossen, die Kriegskredite *auf jeden Fall* zu bewilligen, notfalls auch unter Bruch der Fraktionsdisziplin gegen die Partei. Dass es der Abgeordnete Südekum gewesen ist, der dem Reichskanzler am 29. Juli 1914 versicherte, dass von der SPD weder Streiks noch Sabotageaktionen zu befürchten seien; dass die Erklärung zur Bewilligung der Kriegskredite nicht in der Fraktion, sondern in den Gärten der Abgeordneten Südekum und Göhre geschrieben wurde, spricht eigentlich Bände.³² So sehr Lenin – und in seinem Gefolge die Geschichtswissenschaft der DDR – die Rolle, die die Reformisten bei Kriegsausbruch spielten, ins Grotteske überzeichnete,³³ so wenig sollte man diese Rolle unterschätzen. Zumindest in den ersten Kriegswochen und -monaten war der Einfluss der Reformisten auf die Politik der SPD erheblich.

Die Bewilligung der Kriegskredite wurde von der reformistischen Gruppe zum einen sicherlich als patriotische Pflicht gesehen; das nationale Motiv mag auch durchaus im Vordergrund gestanden haben. Sie sahen sie aber auch als einzige Möglichkeit, die in den letzten Jahren mühsam erarbeitete Bündnisfähigkeit der SPD zu erhalten und die sozialliberale Kooperationsstrategie, die sie seit Jahren vorbereitet hatten, nun unter den Bedingungen des Krieges fortsetzen zu können. Aus demselben Grunde setzten sie seit Kriegsausbruch auch alles daran, die intransigente Linke, die „Quertreiber“, wie Heine sie nannte,³⁴ abzustößen, also die Spaltung der Partei zu provozieren – wozu es 1915/17 mit der Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) bzw. der USPD auch kam. Tatsächlich mag es fraglich sein, ob es mit einer intakten SPD (unter Einschluss des radikalen Parteiflügels) zur interfraktionellen Verständigung von 1917 und – nach der militärischen Niederlage – zur Weimarer Koalition von 1919/20 gekommen wäre, beides wichtige Wegmarken der Demokratiegeschichte in Deutschland, die die Reformisten wesentlich als Folge ihrer jahrzehntelangen Arbeit verstanden. Dass sie sich im Kriege für die Regierungspolitik einspannen ließen, dass sie für Annexionen feindlichen Gebiets zumindest bis 1916/17 durchaus zu haben gewesen wären, dass sie mitunter auch kräftig in das nationalistische Horn stießen, ist unbestritten.³⁵ Aber was sie versuchten, war eben, was Karl Christian Führer in seiner Biografie über den Gewerkschaftsführer Carl Legien beim Parteivorstand und der General-

32 Vgl. Bloch: Südekum, S. 133–141.

33 So etwa, wenn er 1915 behauptete, „dass die ganze deutsche sozialdemokratische Partei (...) *nur* das tut, was Südekum angenehm ist oder von Südekum geduldet werden kann“; vgl. Lenin: Reformismus, S. 53. Eine Gruppe farb- und gewissenloser Kospiranten hätte somit – unter Südekums Führung – die Prinzipien des Sozialismus an Großbourgeoisie und Generalstab verkauft. Damit war eine ebenso wohlfeile wie langlebige Geschichtslgende geboren.

34 Vgl. Wolfgang Heine: *Gegen die Quertreiber!*, Dessau 1915.

35 Hierauf weist besonders hin: Wolfgang Kruse: *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993.

kommission vermisst: den Burgfrieden aktiv zu gestalten und die SPD zu einem wirklichen innenpolitischen Machtfaktor zu machen.³⁶

Schließlich ging es, wie der 1914 gefallene Ludwig Frank formuliert hatte, darum, das Vaterland zu erobern, indem man es verteidigte,³⁷ nach Kriegsende für die stärkste Partei des Reiches also eine dieser Stärke entsprechende Machtstellung einzufordern. Und ganz erfolglos war diese Strategie nicht: Im August 1917 war mit August Müller ein Mitglied der reformistischen Gruppe als erster Sozialdemokrat überhaupt mit einem deutschen Regierungsamt betraut worden;³⁸ und am 3. Oktober 1918 folgten Gustav Bauer, Philipp Scheidemann, Robert Schmidt und Eduard David nach, traten in die Regierung ein und sorgten dafür, dass in den Oktoberreformen unter Reichskanzler Max von Baden die Kernforderungen der SPD im Krieg, die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Parlamentarisierung des Reiches, umgesetzt werden konnten.

Zwischen Weimar und Hitler: Zenit und Scheitern des reformistischen Projekts

Nach dem 9. November 1918 waren es vor allem die Mitglieder der reformistischen Gruppe, die an entscheidende Stellen im Reich und in den Ländern rückten: Wolfgang Heine und Albert Südekum als preußische Staats-, Eduard David, Otto Landsberg und Gustav Noske als Reichsminister; Georg Gradnauer als sächsischer Ministerpräsident usw. Die 1919 gebildete Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum sahen sie als ihr politisches Lebenswerk an und als politische Basis der Republik. Nach den Reichstagswahlen von 1920, die das Ende dieser Konstellation auf Reichsebene einläuteten, trachteten sie – mit Ebert an der Spitze –, dieses Bündnis unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei (DVP) als Große Koalition dauerhaft zu etablieren. Diesen Bemühungen, die Walter Mühlhausen in seiner Ebert-Biografie detailliert nachzeichnet,³⁹ war indes kein Erfolg beschieden. Die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien im September 1922 war auch eine Entscheidung gegen die Große Koalition, gegen eine allzu enge Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien überhaupt und für eine – wie heißt es so schön? – Regeneration in der Opposition. Das reformistische Projekt, das wesentlich auf dem Konzept der Koalitionspolitik aufbaute, war damit, zumindest auf Reichsebene und mittelfristig, gescheitert.

Das reformistische Netzwerk, von Ossietzky als eine Clique „abgewirtschafteter Parteimächler“ abqualifiziert,⁴⁰ blieb jedoch intakt. Vor allem Noske, Heine, Südekum und der

36 Vgl. Karl Christian Führer: *Carl Legien 1861–1920. Ein Gewerkschafter im Kampf um „ein möglichst gutes Leben“ für alle Arbeiter*, Essen 2009.

37 Vgl. Friedhelm Boll: *Frieden oder Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980, S. 124.

38 Zu August Müller vgl.: Rüdiger Zimmermann: *Biographisches Lexikon der ÖTV und ihrer Vorgängerorganisationen*, [Electronic ed.], Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1998. 2550 Kb, Text. Teil 127.

39 Vgl. Walter Mühlhausen: *Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik*, Bonn 2006, S. 552–593.

40 Carl von Ossietzky: *Sämtliche Schriften*, hg. von Bärbel Boldt, Gerhard Kreiker, Christoph Schottes und Elke Suhr, Bd. 7, Berlin 1994, S. 196.

jüngere, nun als „Heines Erbe“ und „Noskes Kommissar“⁴¹ in Preußen wirkende Severing hielten Kontakt und tauschten sich über die – ihrer Ansicht nach – fatale Entwicklung der SPD offenherzig aus. Als Kardinalfehler werteten sie die Zurückhaltung der SPD in „nationalen“ Dingen. Sie habe es, schrieb Wolfgang Heine, nach seiner Entlassung als preußischer Innenminister 1920 wieder als Rechtsanwalt tätig,⁴² versäumt und damit eine einmalige Chance vergeben, sich nach dem „Zusammenbruch“ 1918/19 als *die* nationale Partei, als Keimzelle einer breiten „nationalen Sammlungsbewegung“ zu konstituieren, anstatt ihren nach links ausgewichenen Wählern hinterherzulaufen. „Ich habe immer“, schrieb Heine weiter, „die sozialistischen und revolutionären Gläubigen dadurch geärgert, dass ich sie einfach fragte: ‚Wie macht man das?‘ Diese Frage muss ich auch an mich (...) richten, nachdem mein Versuch einer nationalen Politik gescheitert ist, wie ich sagen darf, nicht ohne Mitschuld meiner eigenen Natur, aber mehr durch die Unfähigkeit der Parteien, das notwendige zu verstehen.“⁴³ In diesen Worten ist das politische Scheitern des reformistischen Projekts klar und deutlich herausgestellt.

Für Heine wie eigentlich für alle Mitglieder des reformistischen Netzwerks gilt, was Mike Schmeitzner für Georg Gradnauer ausgemacht hat, nämlich dass ihn „sein stets auch staatspolitisch vertretenes nationalkulturelles Bekenntnis“ – und als Patriot empfangen sie sich alle – nicht vor der Verfolgung durch die Organe des „Dritten Reichs“ schützte.⁴⁴ Während Heine, der nichtjüdischer Herkunft war, 1933 in die Schweiz emigrierte, wo er 1944 in bedrängten Verhältnissen starb, überlebte Otto Landsberg den Holocaust im niederländischen Untergrund; Georg Gradnauer kehrte 1945 aus Theresienstadt zurück; viele andere Schicksale – die Ermordung Ernst Heilmanns und Ludwig Marums ist Gegenstand biografischer Untersuchungen geworden⁴⁵ – könnten noch Erwähnung finden. Albert Südekum, wegen seiner jüdischen Ehefrau und seiner politischen Vergangenheit manchen Repressalien ausgesetzt, blieb in Berlin und hielt seine Verbindungen zu Severing, Noske, Leipart und Keil, zu den jüngeren Wilhelm Leuschner und Ernst von Harnack, aber auch zu Vertretern anderer ehemaliger Parteien wie Theodor Heuss, Carl Friedrich Goerdeler, Siegfried von Kardorff, Jakob Kaiser und Otto Gefßler aufrecht.⁴⁶ Sie alle, „woher sie auch politisch kamen“,⁴⁷ setzten sich an einem Tisch zusammen, um auch in düsterster Zeit Wege in eine

41 Die Weltbühne 17 (1921), S. 158.

42 Unter anderem war Heine auch als Rechtsvertreter des Reichspräsidenten Ebert in seinen zahllosen Beleidigungsprozessen tätig.

43 Wolfgang Heine an August Winnig, 29. Oktober 1923, in: Bundesarchiv Berlin, NL Wolfgang Heine, Nr. 227, Bl. 120/21.

44 Mike Schmeitzner: Georg Gradnauer und die Begründung des Freistaates Sachsen 1918–1920. Parlamentarisierung und Demokratisierung der sächsischen Revolution, in: Reiner Aurich/Steffen Herzog/Simone Lässig (Hg.): Landesgeschichte in Sachsen. Tradition und Innovation, Bielefeld 1997, S. 250.

45 Vgl. Horst Möller: Ernst Heilmann. Ein Sozialdemokrat in der Weimarer Republik, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 11 (1982), S. 261–294; Monika Pohl: Ludwig Marum. Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft und sein Aufstieg in der badischen Arbeiterbewegung 1892–1919, Karlsruhe 2003.

46 Vgl. Bloch: Südekum, S. 300–313.

47 Theodor Duesterberg: Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 110.

bessere Zukunft zu diskutieren. In dieser konsensorientierten, im Grunde optimistischen und vernunftbasierten Grundhaltung, getragen von dem Gefühl der gemeinsamen Verantwortlichkeit gegenüber dem, was damals noch problemlos als das „Vaterland“ bezeichnet wurde, war noch viel von dem Geist des alten sozialdemokratischen Reformismus lebendig.⁴⁸

Fazit

Den „Gedanke[n] der Zusammenarbeit der Klassen“ hatte Lenin als das Wesensmerkmal des sozialdemokratischen Reformismus/Opportunismus bezeichnet.⁴⁹ Damit ist viel Richtiges gesagt. Diese Bereitschaft war die Grundlage der Weimarer Republik ebenso wie sie als Grundlage der Bundesrepublik, ja der parlamentarischen Demokratie überhaupt zu veranschlagen ist. Die sozialdemokratischen Vertreter dieses demokratischen Prinzips, wie es Klaus Gietinger in seiner Waldemar-Pabst-Biografie getan hat, als Präfaschisten zu denunzieren, die mit der Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg und der Ordnungspolitik nach 1918/19 historisch versagt und moralisch kapituliert hätten, ist ebenso unhistorisch wie absurd.⁵⁰ Eine solche Deutung lässt vielmehr die Zählebigkeit der im Ost-Berliner Institut für Marxismus-Leninismus gestrickten Geschichtslegenden und -mythen erkennen, denen mit historischer Aufklärung nur schwer beizukommen ist: Das Wort vom „Arbeiterverrat“ geht noch immer leicht über die Lippen, und wo der Name „Noske“ fällt, da ist der „Bluthund“ auch nicht weit.

Zudem aber verkennen derartige ideologisch inspirierte Werturteile die starken ethischen Beweggründe jener nurmehr als Feindbilder fungierenden, jeder Persönlichkeit beraubten SPD-Politiker, den emanzipatorischen, auf den freien Staatsbürger abzielenden idealistischen Impuls, den Wolfgang Heine etwa folgendermaßen umriss: „Ich betrachtete“, so schrieb er 1924, „die Arbeit für die Sozialdemokratie zugleich als eine für die Entbindung unterdrückter Kräfte und für die Schaffung eines freien, höheren Menschentums. Das ist meine Überzeugung auch heute noch.“⁵¹ Zwischen dieser Selbstdarstellung und der düsterdiabolischen Aura, die ihm und seinen politischen Freunden die DDR-Geschichtswissenschaft verlieh, liegen Welten. Eine stärkere Beschäftigung mit dem sozialdemokratischen Reformismus könnte somit auch zur Aufarbeitung realsozialistischer Geschichtspolitik und

48 Vgl. hierzu auch den Kondolenzbrief Ernst von Harnacks an Albert Südekums Witwe vom März 1944, zit. in: Bloch: Südekum, S. 316: „Wie werde ich ihn vermissen, den sanguinischen, bei allem Leid immer wieder positiven und hoffenden väterlichen Freund! Mit ihm ist einer der letzten Politiker dahingegangen, zu denen ich aufblickte. Die volle Verantwortung für die Geschicke unseres heißgeliebten Vaterlandes liegt nun auf uns Jüngeren – und wie bitter schwer wird es sein, ihr gerecht zu werden!“

49 Lenin: Reformismus, S. 47.

50 Vgl. Klaus Gietinger: Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009; Max Bloch: Rezension zu: Gietinger, Pabst, in: Archiv für Sozialgeschichte online, 21. Dezember 2009, online unter: <library.fes.de/fulltext/afs/htmrez/81085.htm>.

51 Wolfgang Heine an August Winnig, 29. August 1924, in: Bundesarchiv Berlin, NL Wolfgang Heine, Bl. III–117.

-klitterung beitragen. In diesem Sinne bleibt zu hoffen, dass sich die biografische Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung künftig in umfassenderer Weise als bisher der sozialdemokratischen Reformisten, auch und gerade jener mit bürgerlichem Hintergrund, annehmen wird, die es – getreu der Maxime Bernd Brauns⁵² – in einem demokratischen Geschichtsbewusstsein zu verankern gilt.

52 Vgl. Braun: *Generation Ebert*, S. 86.